

Zeitschrift: Regio Basiliensis : Basler Zeitschrift für Geographie

Herausgeber: Geographisch-Ethnologische Gesellschaft Basel ; Geographisches Institut der Universität Basel

Band: 58 (2017)

Heft: 3

Artikel: Die Entstehung von Governance

Autor: Förster, Till

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1088149>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Entstehung von Governance

Till Förster

Zusammenfassung

Governance ist nicht blosses Regieren oder einfach eine Lenkungsform, sondern koordiniertes Handeln zur Lösung sozialer Probleme – unabhängig davon, ob es durch eine Regierung angestossen wird oder nicht. Ausgehend von diesem offenen Verständnis von Governance untersucht die Forschungsgruppe “Political Transformations” im Fachbereich Ethnologie/anthropology, wie soziale Probleme von verschiedenen politischen Akteuren wahrgenommen und bewertet werden. Weiter fragt sie, ob sich daraus ein gemeinsames Verständnis dieser Probleme bildet und wie sich dieses dann in gemeinsame Intentionen zu ihrer Lösung übersetzt. Politische Gruppierungen entstehen mithin aus diskursiven Auseinandersetzungen, was soziale Probleme sind und wie solche Probleme am besten zu lösen wären – nicht aus vermeintlich rationalen Überlegungen. Governance als Praxis zur Lösung von gesellschaftlichen Problemen bestimmt also soziale Räume und macht diese für die Menschen erst unterscheidbar.

1 Einleitung

Was ist Governance? Und wie entsteht sie? Diese Fragen werden seit einigen Jahren an der Forschergruppe zum politischen Wandel an der Facheinheit Anthropologie diskutiert. Die Frage ist von einiger Relevanz, denn Governance ist mehr als nur Regierungsführung (Koechlin 2015). Es handelt sich dabei vielmehr um einen Prozess, in dem Akteure ihre Handlungen zur Lösung komplexer sozialer Probleme koordinieren (Förster & Koechlin 2011, 8–9). Governance muss über ein offenes, nicht normatives Konzept analysiert werden, ohne dass dabei sofort ein westliches, aus der abendländischen Geschichte gewachsene Verständnis abgebildet wird. Ein vergleichender Ansatz darf weder das westliche Verständnis sozialer Probleme und Konflikte privilegieren, noch die anthropologischen Grundlagen neuer Steuerungsstrukturen ignorieren.

Keine Gesellschaft kommt ohne Governance aus – selbst wenn es keine Regierung gibt. So regulierten schon Jäger- und Sammlergesellschaften den Zugang zu Land. Sie kannten keine zentralen Organisationen wie etwa ein Häuptlingstum, welches Governance hätte bereit stellen können,

und auch andere Institutionen zur Lösung sozialer Probleme waren ihnen fremd. Wie können aber soziale Probleme und Konflikte (wie im obigen Beispiel der Zugang zu Land) dann gelöst werden? Wie lassen sich kollektive Praktiken zu ihrer Lösung finden? Die Antwort auf diese Fragen setzen ein offenes Verständnis von Governance voraus. Auf welchen Wegen die Antwort auf diese Fragen zu suchen ist, soll im Folgenden erläutert werden.

2 Was sind soziale Probleme?

Soziale Probleme sind keine Fakten, die sich rational allen Beobachtern in gleichem Mass erschliessen. Was als soziales Problem wahrgenommen wird, hängt vielmehr von den Beobachtern ab. Nicht jede Spannung oder jeder Konflikt wird als soziales Problem gesehen und dann zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Daher haben auch nicht alle Konflikte einen politischen Charakter. Die Artikulation politischer Interessen und Forderungen wächst vielmehr aus kollektiver Intentionalität und ist damit selbst das Produkt sozialer Praxis. Wie politische Artikulation entsteht, ist demnach eine offene Frage, die nur empirisch beantwortet werden kann.

Von Sichtbarkeit...

Zunächst einmal geht es darum, den Ursprung unterschiedlicher Wahrnehmung und Bewertung von Situationen und Aktionen zu verstehen und zu erkennen, wann und warum diese eine öffentliche Debatte hervorrufen. Steuerhinterziehung oder Mülltrennung zeigen, wie unterschiedlich diese diskutiert werden können. In Südafrika wurden z. B. freistehende öffentliche Toiletten ohne Mauern und Türen lange Zeit nicht als soziales Problem wahrgenommen. Aber als sie 2015 zu einem Thema des Wahlkampfs wurden (Robins 2015), wurde die Unwürdigkeit dieser Toiletten zu einer kollektiven Erfahrung und damit auch zu einem “objektiven Problem”.

Es ist wichtig, sich den sozial imaginierten Charakter dessen, was als “objektives” Problem dargestellt wird vor Augen zu führen. Soziale Probleme “entstehen” nicht aufgrund kollektiver Erfahrung, sondern erst dadurch, dass die Akteure ihre Erfahrungen teilen, sie also zum Gegenstand einer gemeinsamen Bewertung machen. Erst wenn eine hinreichend grosse Zahl von Akteuren davon ausgeht, dass sie das gleiche Objekt wahrnehmen und gleich erfahren, wird ein Objekt zur sozialen Tatsache (Gilbert 1989). Es wird damit zu einem intentionalen sozialen Objekts.

Geteilte Intentionalität heisst, dass sich die Akteure in gleicher Art und Weise auf ein Objekt beziehen. Das können allgemeine Lebensziele sein oder einfach Pläne für das Abendessen. Kollektive Intentionen sind nicht bloss geteilte Absichten – etwa Pläne, etwas gemeinsam zu tun. Sie stehen vielmehr dafür, dass sich das gemeinsame Handeln der Akteure in gleicher Art auf ein Objekt richtet. Und damit entsteht auch eine besondere Form sozialer Verbundenheit. Kollektive Intentionalität (e. g. Schmid & Schweikard 2009) führt folglich zur Bildung von Gruppen und spielt eine entscheidende Rolle, wenn ein Thema zu einem politischen Problem wird. Geteilte Intentionalität ist immer schon sozial, denn sie bindet die Akteure an eine Praxis, die sie teilen.

Kollektive Intentionalität sedimentiert sich häufig in “mentalen Bildern”. Als Vorstellungen entstehen sie aus sozialer Praxis, werden aber von den Akteuren oftmals als gegeben hingenommen. Soziales Handeln bezieht sich häufig auf solche mentalen Bilder, die den Charakter eines un hinterfragbaren Objektes annehmen. Schatzberg (2015) beschreibt die Macht solcher Bilder an Hand des “caring father” als dem “Vater der Nation”, der alle sozialen Probleme seiner “Kinder” löst. “Die Nation” (Anderson 2006); “der Staat” (Migdal 2001) oder “die Gesellschaft” (Mills 1959; Castoriadis 1975) sind andere Beispiele solcher Bilder. Solche wirkmächtigen Bilder wer-

den fortwährend durch soziale Praxis reproduziert und können Gegenstand diskursiver Formationen werden (*Norval* 2015). Bilder als imaginierte Objekte werden mithin durch im Handeln geteilte Intentionen sichtbar. Dies ist der erste Schritt in Richtung politischer Artikulation.

...zu Lesbarkeit...

Bisher wurde skizziert, wie intentionale Objekte sichtbar werden. Aber wie können andere diese Objekte erkennen, wenn sie die kollektive Intentionalität nicht teilen? Diese Frage führt in das Zentrum des Politischen.

Kollektive Intentionalität kann auf zwei Weisen entstehen, welche sich jedoch nicht gegenseitig ausschliessen: Entweder durch soziale Praxis, welche auf Teilnahme beruht (z. B. an Alltags-handlungen oder an Ritualen) und damit keine direkte Kommunikation von Inhalt benötigt. Alternativ können Akteure auch dazu gedrängt oder gar gezwungen werden, die Intentionen einer Gruppe zu übernehmen. Dies passiert z. B., wenn man einer Organisation mit klaren Zielen beitritt, sich mit ihr identifiziert und ihre Intentionen übernimmt. Derartige sekundäre kollektive Intentionalität benötigt im Gegensatz zur ersten klare inhaltliche Kommunikation innerhalb des Kollektivs. Verkürzt gesagt erzeugt die Spannung zwischen diesen beiden Prozessen auch die diskursive Herausbildung von intentionalen Objekten.

Das Handeln auf imaginierte Objekte zu richten, lässt freilich vieles offen. Akteure können entscheiden, ob sie sich bestehende, bereits kollektive Intentionen zu eigen machen, dies nicht tun oder unabhängig davon mit anderen gemeinsame Intentionen schaffen. In solchen Momenten setzt politische Artikulation ein.

Die Kommunikation gemeinsamer Intentionen erlaubt es anderen, sie zu bejahen oder abzulehnen. Sie müssen dann auf explizite, gewöhnlich kognitive Art ausdrücken, wie sie soziale Praktiken anderer wahrnehmen und bewerten, denn jede Teilnahme würde sie bereits zu einem Teil der Praxis machen. In diesen Moment wird Sichtbarkeit zu Lesbarkeit – oder genauer: Wann immer sie artikulieren, öffnen Akteure ein diskursives Feld. Sichtbarkeit verweist auf die soziale Präsenz eines intentionalen Objekts – Lesbarkeit verweist auf den diskursiven Charakter, den intentionale Objekte annehmen. Und letzteres impliziert Artikulation und zu einem gewissen Grad Prädikation.

...zu sozialen Problemen

Wie und wann sich Sichtbarkeit in Lesbarkeit verwandelt, wird schon lange diskutiert. Obwohl Ethnologen und Soziologen die Bedeutung dieses Moments allgemein anerkennen, nähern sie sich ihm häufig nur in Form von Metaphern, wie z. B. “critical juncture” (*Collier & Collier* 1991) oder “dislocation” (*Laclau & Mouffe* 1985 [2001]). Im Vordergrund stehen hier soziale Brüche, in denen sich Akteure wieder neu situieren müssen und alte Routinen nicht mehr funktionieren. Für Sozialwissenschaftler ist es interessant zu untersuchen, was solche Momente des Umbruchs bestimmt. Ist es die Lesbarkeit dessen, was sichtbar geworden ist? Oder ist es die soziale Praxis selbst, welche zu derartigen sozialen Brüchen führt? Neure empirische Studien legen nahe, dass letzteres der Fall ist. So ist zum Beispiel “Korruption” an sich kein soziales Problem. Es wird aber eines, wenn es das Objekt kollektiver Intentionalität und das Subjekt politischer Artikulation wird. Es wird zum Knotenpunkt politischer Auseinandersetzungen und lässt sich damit als Kern des Politischen überhaupt ansehen (*Laclau & Mouffe* 1985 [2001]). Man darf davon ausgehen, dass das Entstehen sozialer Probleme, politischer Auseinandersetzungen und schlussendlich die Bildung von Steuerungsstrukturen, welche sich diesen Problemen zuwenden, nicht willkürlich stattfindet. Sie entstehen vielmehr aus jenen Praktiken, mit denen Akteure ihre Interessen ausdrücken und mit anderen in Beziehung treten.

3 Artikulation

Um zu analysieren, wie sich Governance nach einer solchen Anfangsphase bildet, muss sie als sozialer Prozess verstanden werden – nicht einfach nur als soziale Figuration. Hier sei nochmals auf die Komplexität dieses Vorgangs hingewiesen, der oft genug für die Akteure undurchsichtig bleibt. Jedes normative Verständnis von Governance, wie etwa die “good governance”-Konzepte der Weltbank, stellt die grundsätzliche Offenheit und Unvorhersehbarkeit dieser Prozesse in Abrede und versucht, diese auf ein vorab bestimmtes Ziel festzulegen. Es suggeriert, dass die Handelnden keine Alternativen hätten.

Was aus diesen Prozessen entsteht, hängt davon ab, wie die handelnden Menschen miteinander interagieren und wie sie ihre eigene Perspektiven artikulieren – was wieder die Artikulation anderer Akteure hervorruft und die schlussendlich Handelnden aneinander bindet. Um solche Prozesse zu verstehen, ist deshalb ein genauerer Blick auf die Akteure und ihre Handlungsfähigkeit (agency) notwendig.

Governance ist mithin so offen wie der Prozess, der zu ihrer Bildung führt. Es führt nicht weiter, “Mechanismen” zu bestimmen, welche die Entstehung von Governance-Strukturen fördern oder behindern. Die Entstehung von Governance ist durch und durch politisch und dementsprechend ein kontingenter Prozess (Koechlin 2015; Olivier de Sardan 2015).

In den vorausgehenden Überlegungen wird implizit davon ausgegangen, dass soziale Interaktionen produktiv sind und sowohl reale als auch imaginäre Objekte für Gruppen von Akteuren generieren. Politische Artikulation kann Akteure nicht nur trennen, sondern auch einen. Um die Interaktionen in so einem Prozess zu verstehen, muss man sich den Handelnden, ihren Handlungsfähigkeiten und ihren Interaktionen zuwenden. Nur so können Routinen bewahrt, Bewertungen vollzogen und neue Vorstellungen entwickelt werden. Diese drei Dimensionen (“habits, judgments, and imagination”) begründen die Handlungsfähigkeit des Menschen (Emirbayer & Mische 1998).

Damit sich dieser Prozess entfalten kann, müssen sich Akteure begegnen können, also Teil eines gemeinsamen sozialen Raumes sein. Soziale Beziehungen sind somit entscheidend für die Entstehung von Governance Arrangements. Ohne die Möglichkeit, sich mit anderen über divergierende oder gleiche Interessen, Überzeugungen und Absichten auszutauschen, könnten weder intentionale Objekte noch kollektive Subjekte entstehen. Das zu leisten, bleibt politischer Artikulation vorbehalten (aufbauend auf Laclau & Mouffe 1985 [2001, 105–114]). In diesem Sinne ist Artikulation eine Praxis, die Beziehung zwischen den Handelnden und imaginären Objekten schafft und zugleich die Identität der Akteure in Folge der Artikulationspraxis verändert (Laclau & Mouffe 1985 [2001, 105]). Wenn Governance also koordiniertes soziales Handeln zur Lösung sozialer Probleme ist, dann konstituiert sie soziale Beziehungen und organisiert sie in einer bestimmten Art und Weise.

Will man die politische Bedeutung von Governance verstehen, lassen sich aus diesen Überlegungen zwei Aufgaben für die empirische Forschung ableiten: Zum einen gilt es, die Akteure und ihre Handlungsfähigkeit zu analysieren; zum anderen muss untersucht werden, wie sie miteinander in Beziehung treten, wie sie sich gegenüber anderen artikulieren und wie sie als Gruppe zusammenkommen.

4 Sozialer Raum

Governance Arrangements (Steuerungsstrukturen) als kollektive Praxis zur Lösung sozialer Probleme umfassen immer mehr als nur einen Akteur. Wie die Menschen als Handelnde dadurch vereint oder getrennt werden, heisst also danach zu fragen, wie Politik in einem spezifischen Kontext vollzogen wird. Dadurch werden Steuerungsstrukturen politisch. Governance stimuliert die Bildung kollektiver Akteure und verknüpft sie durch ihr Handeln mit dem Politischen. Aber auch umgekehrt können soziale Gruppen als politische Akteure die Bildung bestimmter Governance Arrangements anstossen.

Man kann, um zu einem vorläufigen Schluss zu gelangen, die Dialektik von Governance und sozialen Akteuren als die Bildung eines sozialen Raumes beschreiben und analysieren. Dazu sollen hier Henri Lefebvre's Theorien der Produktion sozialer Räume (Lefebvre 1974) mit einem thematischen Fokus verknüpft werden.

Zwei Schritte sind dafür nötig: a) die Entstehung sozialer Räume muss mit der Bildung von kollektiver Intentionalität verknüpft werden; es ist b) zu analysieren, wie Akteure innerhalb solcher sozialen Räume sich miteinander austauschen, und schliesslich ist zu untersuchen, wie c) die durch Governance bedingten Konturen sozialer Räume erscheinen, d. h. wie Innen und Aussen von den jeweiligen Akteuren markiert, erfahren und unterschieden werden.

In Anlehnung an Lefebvre kann sozialer Raum als jener Raum verstanden werden, in dem Akteure zusammenkommen und interagieren (Lefebvre 1974, 14–16). Zusätzlich, und etwas von dieser Vorstellung abweichend, scheint mir, dass durch Steuerungsstrukturen geschaffener sozialer Raum durch ein eigenes Regime charakterisiert ist, d. h. im Sinne von Tilly (2006) durch Gewohnheiten, Normen und Regeln, die zu einer bestimmten Art und Weise führen, Dinge zu tun. Damit ist Praxis Grundlage jedes sozialen Raumes. Eine solche koordinierte soziale Praxis ist für die Akteure, die sich daran beteiligen nicht notwendigerweise als eigenständig wahrnehmbar. Sie verstehen sie also nicht immer als Governance oder als Übereinkunft zwischen verschiedenen Akteuren. Manchmal wissen die Akteure nicht, dass sie einer Steuerungsstruktur angehören (e. g. Kasfir 2015). Ein andermal können sie sich sehr wohl bewusst sein, dass sie das Objekt von Governance sind oder dass sie durch die Teilnahme an den gleichen Praktiken von Governance vereint werden (e. g. Kesselring 2015).

Für die Akteure ist die Bildung sozialer Räume häufig opak. Obwohl kollektive Intentionalität zu gemeinsamen Handeln führen kann, schafft sie nicht immer geteiltes Bewusstsein. Intentionalität, einschliesslich aller Arten kollektiver Identität, kann mithin verschiedene Formen annehmen, welche nicht immer zu einem geteilten kognitiven Verständnis des sozialen Raumes führt, den sie produziert. Da kollektive Intentionalität von Intersubjektivität abhängt – davon, wie Akteure mit anderen in Verbindung treten –, ist es sinnvoll, ebendiese Intersubjektivität näher zu betrachten. Sind Akteure v. a. durch Gewohnheiten miteinander verbunden, sind sie sich möglicherweise nicht bewusst, dass sie einen sozialen Raum teilen. Sollten sie die gleichen Bilder und Vorstellungen davon haben, wie sie in Zukunft leben möchten, wird dies eher Bestandteil einer bewussten Reflexion. In diesem Fall können sich Akteure explizit über die soziale Relevanz eines sozialen Phänomens einig sein und es so als Problem wahrnehmen.

Im Falle der freistehenden öffentlichen Toiletten in Südafrika (siehe Robins 2015) wurde ein grosser Teil der schwarzen Wählerschaft Teil eines sozialen Raumes. Die Wähler teilten eine (negative) tägliche Erfahrung ihrer Lebenswelt und ein (positives) Bild davon, wie diese ihre Lebenswelt eigentlich aussehen sollte und was dafür zu tun wäre. Oder allgemeiner: Sie nahmen ihre Lebenswelt als einen einheitlichen und geteilten sozialen Raum wahr, in dem sie von anderen auf ihre

physischen Bedürfnisse reduziert und damit entehrt wurden. Das Aufbegehen begann, als das Problem sichtbar und lesbar wurde, vereinte sie und machte sie während der Kampagne 2011 zu einem mächtigen und klar definierten Teil der Wählerschaft.

In der Bildung des sozialen Raumes spielte die Handlungsfähigkeit der Akteure eine zentrale Rolle. Zum einen baute sie auf der Intersubjektivität der Alltagserfahrung auf, welche in Gewohnheiten und Wissen eingebettet war. Zum andern entstand der soziale Raum, indem die Menschen in ihrem sozialen Handeln die Vorstellung teilten, dass freistehende Toiletten unter ihrer Würde seien, was wiederum die Wahrnehmung ihrer Alltagserfahrung mit prägte. Die dialektische Natur dieses Prozesses ist offensichtlich: Gemeinsame Intentionen haben die einzelnen Menschen nicht nur geeint, sondern auch dazu geführt, dass sie sich gemeinsam als Teil desselben sozialen Raumes wahrnahmen – und nicht als isolierte Akteure, die zufällig eine bestimmte Meinung teilten. Dieser Prozess war Voraussetzung für die politische Artikulation ihrer Forderungen.

In einfachen Worten: Die Erfahrung der Demütigung brachte die Menschen zusammen und machte sie zu Akteuren desselben sozialen Raumes und zugleich grenzte sie sie von jenen ab, die nicht die gleiche Alltagserfahrung teilten. Sozialer Raum lebt durch gemeinsame Erfahrung. In diesem Sinne kann man sozialen Raum am besten als soziales Regime verstehen, in dem bestimmte Regeln von Austausch und sozialer Praxis gelten.

Weil Steuerungsstrukturen koordiniertes soziales Handeln sind, schaffen sie soziale Räume mit je eigenen Regimen, welche durch ein intentionales Objekt, eine Anzahl von Bedingungen, Normen und üblichen Handlungen charakterisiert sind.

Solche Räume können unterschiedliche Formen und Grenzen haben. Sie können andere ausschliessen, wie dies in Gated Communities der Fall ist. Sie können aber auch integrativ sein, in dem sie ihre Dienstleistungen allen Bewohnern, z. B. einer Stadt anbieten. Governance Arrangements enden jedoch nicht dort, wo bestimmte Dienstleistungen erbracht werden; sie können auch diejenigen einschliessen, die von den Dienstleistungen ausgeschlossen sind. Als soziale Räume entstehen sie durch die politische Artikulation von Differenz oder allgemeiner: durch das Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure – den Profiteuren und denjenigen, die nicht profitieren. Governance Arrangements schaffen soziale Räume, aber die Praxis, die sich in sozialen Räumen bildet, kann auch zu spezifischen Formen von Governance führen. Theoretischer ausgedrückt: Das Soziale ist sowohl Objekt als auch Subjekt von Governance.

Diesen Zusammenhängen wird in der Forschungsgruppe in Basel vergleichend nachgegangen. Es geht z. B. um Sicherheit, wie sie durch Rebellen in Gebieten unter ihrer Herrschaft geschaffen wird oder um Landrechte in urbanen Zentren West- und Ostafrikas, um Konflikte zwischen Bauern und Hirten in der westafrikanischen Savanne oder um Fragen, welche Leistungen Jugendgruppen für ihre Quartiere erbringen. Und es geht darum, warum aus solchen Gruppen manchmal anerkannte Nichtregierungsorganisationen werden und manchmal kriminelle Gangs. Die Themen sind vielfältig – genauso vielfältig wie die Arrangements sind, die zu ihrer Lösung beitragen sollen.

Literatur

- Anderson B. 2006. *Imagined Communities: Reflections on the origin and spread of nationalism*. London, 1–256.
- Castoriadis C. 1975. *Gesellschaft als imaginäre Institution*. Frankfurt a.M., 1–613.
- Collier R. & Collier D. 1991. *Shaping the Political Arena*. Princeton, 1–904.
- Emirbayer M. & Mische A. 1998. What is Agency? In: *American Journal of Sociology* 103.4: 962–1023.
- Förster T. & Koechlin L. 2011. The Politics of Governance. *Basel Papers on Political Transformations*, No. 1. Basel, 1–25.
- Gilbert M. 1989. *On Social Facts*. Princeton, 1–536.
- Kasfir N. 2015. Agency Across Changing Sites: The Path to Kenya's 2010 Constitution. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*. New York, 52–73.
- Kesselring R. 2015. Experience of Violence and the Formation of the Political. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*, New York, 151–179.
- Koechlin L. 2015. The Conceptual Polysemy of Governance. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*, New York, 1–23.
- Laclau E. & Mouffe C. 2001. *Hegemony and Socialist Strategy*. 2nd edition. London, 1–200.
- Lefebvre H. 1974. *La production de l'espace*. Paris, 1–485.
- Migdal J. 2001. *State in Society: Studying how states and societies transform and constitute one another*. Cambridge, 1–308.
- Mills C.W. 1959. *The Sociological Imagination*. Oxford, 1–256.
- Norval A. 2015. Imagining otherwise: Dislocation, Subjectivity, and the Articulation of Political Demands. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*. New York, 180–196.
- Olivier de Sardan J.-P. 2015. Abandoning the Neo-Patrimonial Paradigm: For a Pluralist Approach to the Bureaucratic Mode of Governance in Africa. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*, New York, 75–92.
- Robins S. 2015. Slow Activism and the Tactics of Legibility – A Case Study of the 2011 “Toilet Wars” and the Social Justice Coalition. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*, New York, 130–148.
- Schatzberg M. 2015. Transformation and Struggle: Space in Africa. In: Koechlin L. & Förster T. (Hrsg.): *The Politics of Governance: Actors and Articulations in Africa and Beyond*. New York, 25–51.
- Schmid B. & Schweikard D. (Hrsg.) 2009. *Kollektive Intentionalität*. Frankfurt a.M., 1–854.
- Tilly C. 2006. *Regimes and Repertoires*. Chicago, 1–256.